



for a living planet

KNACKEN WIR DIE KLIMA-NUSS!

WWF-Positionspapier für die UN-Klimakonferenz 2008 in Posen

Wir sind nur noch ein Jahr von der entscheidenden UN-Klimakonferenz in Kopenhagen entfernt. Die COP 14 in Posen ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem neuen globalen Klimaschutzabkommen, mit dem ein katastrophaler Anstieg der Erdtemperatur verhindert werden muss. Bei dieser Konferenz müssen die Minister ihre Verantwortung wahrnehmen und einen umfassenden Verhandlungsprozess für ein faires und ambitioniertes globales Abkommen auf den Weg bringen, das 2009 in Kopenhagen abgeschlossen werden muss. Wenn die Erderwärmung deutlich unter 2°C gehalten werden soll, muss die internationale Gemeinschaft gemeinsam handeln und sich auf ein Abkommen über Wege zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen einigen. Fortschritte in Posen 2008 sind die Voraussetzung für einen Erfolg in Kopenhagen 2009. Um den künftigen US-Präsidenten Obama zu zitieren: „Eine besondere Botschaft an die Delegierten aus aller Welt, die sich im nächsten Monat in Polen treffen werden: Ihre Arbeit ist von zentraler Bedeutung für den Planeten.“ Und „Jetzt ist es an der Zeit, der Herausforderung ein für alle mal zu begegnen. Abwarten ist keine Option mehr. Problemverleugnung ist keine akzeptable Antwort mehr. Es steht zuviel auf dem Spiel. Die Konsequenzen sind zu ernst.“

Der WWF fordert deshalb: In Posen müssen aus Ideen Verhandlungen werden

Schlüsselfaktoren für einen Erfolg in Posen:

- 1) Die Minister schaffen es, von der Erörterung von Ideen endlich zu echten Verhandlungen auf der Basis von Verhandlungstexten überzugehen.
- 2) Optionen und Konzepte, über die für ein Post-2012-Abkommen verhandelt wird, haben das Potenzial für ein faires Abkommen auf wissenschaftlicher Grundlage.
- 3) Die Minister skizzieren eine gemeinsame Vision, die 2009 in Kopenhagen auf ein ratifizierbares Ergebnis hinführt, in Form eines fairen, ambitionierten und rechtlich bindenden Kopenhagen-Vertrags. Dieser Vertrag:
 - muss anerkennen, dass wir Maßnahmen brauchen, um deutlich vor 2020 die globalen Emissionen zu reduzieren;
 - muss Grundsätze für kooperative Maßnahmen umsetzen, die sowohl anspruchsvoll sind als auch dem Handlungsdruck und der globalen Gerechtigkeit entsprechen;

- muss den Entwicklungsländern angemessene finanzielle Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen und für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zusagen, die die Industrieländer aufbringen müssen.
- 4) Schon für die Zeit vor 2012 einigen sich die Minister auf programmatische Maßnahmen, mit denen in Entwicklungsländern Institutionen und Sachverständigen für den Schutz des Klimas aufgebaut werden. Damit müssen erstens die Anpassung an den Klimawandel und zweitens die Reduzierung ihrer Emissionen durch energie- und entwaldungsrelevante Maßnahmen unterstützt werden.
 - 5) Die Minister müssen überzeugend verdeutlichen, dass der Klimawandel immer noch oberste Priorität bei den Regierungen hat. Die Regierungen werden die Klimakrise gemeinsam mit der weltweiten Wirtschaftskrise angehen und werden es nicht zulassen, dass mit dem Verweis auf die Wirtschaftskrise ein anspruchsvolles Klimaabkommen in Kopenhagen in Frage gestellt wird.
 - 6) Zu diesem Zweck werden die Minister insbesondere aus den entwickelten Ländern neue und verstärkte Anstrengungen ankündigen, mit denen noch 2009 die Treibhausgasemissionen reduzieren werden sollen, um damit zu einem anspruchsvollen Post-2012-Abkommen beizutragen.

Ein Prozess, bei dem Süd-Nord-Führung gefragt ist

Mehr als je zuvor wird der Erfolg dieser Verhandlungen davon abhängen, dass viele Länder zu einem positiven Ergebnis tatsächlich bereit sind. Manche Länder haben eine Führungsrolle übernommen, indem sie kreative Ideen und Konzepte in die UN-Klimaverhandlungen eingebracht haben, während andere Impulse gesetzt haben durch aktiven Klimaschutz im eigenen Land. Insbesondere haben G77-Länder, Länder wie Mexiko und ein Industrieland wie Norwegen diejenigen Führungsrollen gezeigt, die der Prozess braucht.

Es sind die großen Industrieländer, die nach Meinung des WWF ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben – sowohl im eigenen Land als auch in den internationalen Verhandlungen. So ist beispielsweise die Europäische Union als Ganzes paralysiert und kann sich nicht auf eine konstruktive Post-2012-Politik einigen, obwohl einige EU-Länder darauf verweisen können, erfolgreich ihre Emissionen reduziert zu haben und ihre Kyoto-Ziele einzuhalten. Dies liegt vor allem an der negativen Rolle Polens und Italiens. Schlüsselländer haben nicht die notwendige Führungsrolle eingenommen, sondern aus egoistischen Gründen wichtige Bestandteile eines wirksamen Klimapakets verwässert: So etwa Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Tschechische Republik, Ungarn und andere. Das EU-Klima- und Energiepaket steht daher in Gefahr, bis zur Unkenntlichkeit verwässert zu werden.

Der Dezember wird ein Schlüsselmonat, in dem die EU ihre Entscheidungen parallel zu den UN-Klimaverhandlungen in Posen trifft. Der WWF fordert die EU auf, zu ihren bisherigen Zusagen zu stehen und parallel zu Verpflichtungen anderer Industrieländer ihre Emissionen um 30 Prozent und innerhalb der seitens des IPCC wissenschaftlich vorgegebenen Bandbreite zu reduzieren, sowie für Entwicklungsländer Geld für Anpassung und eigene Reduktionsmaßnahmen bereitzustellen. Gleichzeitig ernennt der neugewählte US-Präsident seine Regierungsmannschaft und hat versprochen, Klimaschutz zu einem zentralen

Schwerpunkt zu machen. Der WWF wird auch weiterhin die Regierungen der EU und der USA zu einer Führungsrolle im Klimaschutz drängen, in dem sie mutige Maßnahmen ergreifen, an denen sich der Rest der Welt ein Beispiel nehmen kann.

Wichtige Entwicklungsländer haben im ganzen Jahr 2008 ihre Ernsthaftigkeit bewiesen, indem sie innovative Verhandlungsvorschläge gemacht haben. Jetzt brauchen wir seitens der industrialisierten Länder eine Führungsrolle, so dass eine gemeinsame Süd-Nord-Führungsrolle der Rhetorik ein Ende setzen kann und echte Verhandlungen in Posen beginnen können.

Klimaschutz muss ein Teil der Lösung für die dreifache Krise von Armut, Finanzkrise und Klimawandel sein

In der gegenwärtigen Finanzkrise kann man Parallelen finden, wie das Missmanagement der Natur und der Kreditkrise zu einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt haben. Beide Beispiele zeigen, dass man nur bis zu einem gewissen Ausmaß Schulden machen kann, bevor es zu katastrophalen Konsequenzen kommt. Aber: Wenn die Natur Bankrott geht, gibt es keine Staatsgarantien mehr.

Die Finanzkrise ist für diejenigen eine große Gefahr, die auch von den Auswirkungen des Klimawandels am meisten betroffen sind, indem sie ihre ohnehin begrenzten wirtschaftlichen Möglichkeiten noch weiter eingeschränkt hat. Erhöhte Unterstützung für Anpassungsmaßnahmen wird dadurch noch dringender.

Eines der größten Hoffnungszeichen, das sich im Gefolge der Finanzkrise abzeichnet hat, ist der zunehmende Konsens zwischen Ökonomen, Bankern und Wissenschaftlern darüber, dass Umweltschutz kein Hindernis für wirtschaftlichen Fortschritt ist. Die Regierungen müssen Strategien beschließen, etwa für verstärkte Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienztechnologien, mit denen sowohl unsere ökologischen wie auch ökonomischen Defizite behoben werden können, während gleichzeitig grünes Wirtschaftswachstum möglich wird.

1. Die Details der Verhandlungen in Posen

Die UN-Klimaverhandlungen auf die richtige Spur für Kopenhagen zu bringen, ist für die Minister und ihre Verhandlungsdelegationen für Posen keine leichte Aufgabe. Die Klimakonferenz in Posen muss auf verschiedenen Ebenen Erfolge erzielen, wenn die Verhandlungen eine Erfolgchance haben sollen:

Verfahrensfragen

Beschleunigung der UN-Klimaverhandlungen durch den Beginn eines echten Verhandlungsprozesses

Eine ehrliche und offene Bestandsaufnahme der Gespräche des Jahres 2008 macht deutlich, dass der UN-Klimaprozess weit hinter der Dramatik und dem Ausmass des Problems hinterherhinkt. Wir brauchen einen Beschluss, nunmehr echte Verhandlungen aufzunehmen, auf der Basis eines Verhandlungstextes ü-

ber nachhaltige und wirklich ambitionierte Optionen für den Verhandlungspfad unter der Konvention (die Ad Hoc Working Group for Long-term Cooperative Action - AWG LCA), sowie auch für den Verhandlungspfad unter dem Kyoto-Protokoll (die Ad Hoc Working Group of the Kyoto Protocol - AWG KP).

Die Ergebnisse von Posen müssen die folgenden Elemente für den weiteren Verhandlungsprozess enthalten:

- Das Ergebnis von Posen in beiden Verhandlungssträngen sollte die Basis eines Verhandlungstextes sein. Die Vorsitzenden beider Arbeitsgruppen sollten ein Mandat erhalten, diesen weiterzuentwickeln.
- Das Ergebnis von Posen muss die beiden zentralen Säulen des Vertragsentwurfes inhaltlich vertiefen und verbessern sowie alle möglichen Optionen enthalten, mit denen die notwendigen anspruchsvollen Ergebnisse erreicht werden können.
- Die Verhandlungstexte müssen von einem Arbeitsplan und einem Zeitplan für den Weg nach Kopenhagen begleitet werden. In diesem Rahmen darf die AWG KP nicht noch weiter hinter ihren bereits vereinbarten Arbeitsplan zurückfallen. Der WWF betrachtet das Kyoto-Protokoll und seine Marrakesch-Beschlüsse als das Hauptinstrument für ein Abkommen für die Zeit nach 2012. Die Überprüfung unter dem Kyoto-Protokoll (Art.9), die in Posen stattfinden soll, kann dazu beitragen, spezifische Fragen wie etwa die Reform des CDM, erhöhte Finanzmittel für Klimaanpassung, und andere rechtliche Fragen im Zusammenhang mit einer Neufassung des Kyoto-Protokolls, zu klären.

Gemeinsame Vision

Einigung über eine gemeinsame Vision: Ambitioniert, dringlich und gerecht – wir müssen bald die globalen Emissionen senken

a) Dringlichkeit des Klimaschutzes – Stop des Emissionszuwachses vor 2020, um deutlich unter 2°C Temperaturanstieg zu bleiben

- *Die Emissionen steigen weiterhin – der globale Emissionszuwachs muss vor-dringlich gestoppt werden:* Im Gegensatz zu einer exponentiell wachsenden Besorgnis über den Klimawandel bei vielen Regierungen, trotz hoher Ölpreise und trotz aller Debatten über Energiesicherheit und den Chancen von grünem Wirtschaftswachstum, steigen die Emissionen weiterhin mit einer Rekordgeschwindigkeit von durchschnittlich 3 Prozent in den letzten Jahren an – schneller als je zuvor. Obwohl es zunehmend schwieriger wird, ist es nach wie vor von zentraler Bedeutung, dass wir den globalen Emissionsanstieg noch deutlich vor 2020 stoppen können. Nur so kann die globale Erwärmung auf unter 2 ° Celsius gehalten werden.
- *Neue wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen uns, dass die Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2°C absolut unumgänglich ist, wenn wir katastrophale Auswirkungen vermeiden wollen:* Die Wissenschaft zeigt, dass mit steigenden Temperaturen und insbesondere über einem Temperaturanstieg von 2°C eine wachsende Gefahr besteht, dass der Klimawandel außer Kontrolle gerät und die Temperaturen noch weit höher ansteigen. Ein solch drastischer Anstieg würde zu irreversiblen Auswirkungen führen und für viele Menschen wäre Anpassung gar nicht mehr möglich. Dies gilt insbesondere für ärmere Regionen,

tiefer liegende Inselstaaten und Küstenregionen sowie für viele Arten und Ökosysteme. Die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse des 4. Sachstandsberichts des IPCC zeigen eindeutig, dass wir schnell das globale Emissionswachstum stoppen müssen und unbedingt unter einem Temperaturanstieg von 2°C bleiben müssen, wenn wir die Erde vor verheerenden Klimaänderungen bewahren wollen.

Der WWF-Bericht *Climate Solutions* sowie andere Forschungsergebnisse zeigen jedoch, dass wir immer noch die Chance haben, den Temperaturanstieg auf unter 2°C zu begrenzen, allerdings nicht mehr lange.

- *Wir brauchen ein globales Kohlenstoffbudget.* Die Wissenschaft hat festgestellt, dass nur Treibhausgaskonzentrationen von unter 350 parts per million (ppm) hinreichende Sicherheit bieten, einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden. Die häufig angegebene Konzentration von 450 ppm CO₂-Äquivalent ist dagegen eine Schwelle, bei der es lediglich eine 50:50-Wahrscheinlichkeit gibt, einen Temperaturanstieg von 2°C zu verhindern. Angesichts der nichtlinearen Reaktion des Klimasystems auf ansteigende Treibhausgaskonzentrationen, hält der WWF eine Temperaturschwelle und ein globales kumulatives Kohlenstoffbudget für die angemessenste Herangehensweise, wobei dies unter den Nationen nach Kriterien der Fairness, Verantwortlichkeit, Wohlstand und anderen Kriterien aufgeteilt werden müsste. Ansätze, die auf ein Stabilisierungsniveau abzielen, können dies nicht leisten.
- *Industrieländer müssen durch tiefgreifende Reduktionsziele die Führung übernehmen, Entwicklungsländer durch Abweichung von den bestehenden Trends:* Damit die globalen Emissionen bereits vor 2020 wieder abnehmen können, müssen die Industrieländer als Gruppe Reduktionsziele am oberen Ende des 25-40 Prozent-Bereichs gegenüber 1990 unterstützen. Entwicklungsländer und insbesondere die Schwellenländer müssen gegenüber den gegenwärtigen Entwicklungstrends ihrer Emissionen substantiell nach unten korrigieren. Die Vertragsstaaten müssen auf wissenschaftlicher Grundlage und auf der Basis vereinbarter Grundsätze festlegen, was das angemessene Niveau von Abweichungen von „business as usual“ für die Gruppe der Entwicklungsländer ist. Alle „Kompensationsgeschäfte“ von Industrieländern mit Projekten in Entwicklungsländern müssen zusätzlich zu solchen Abweichungen vom „business as usual“ stattfinden.
- Bis zum Jahr 2050 müssen die globalen Emissionen mindestens um 80 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 sinken. Für die Industrieländer bedeutet dies bis zur Mitte des Jahrhunderts ein Ziel von etwa Null Emissionen. Emissionen in den Entwicklungsländern als einer Gruppe müssen bis dahin deutlich abnehmen. Es ist klar, dass solche weitreichenden Maßnahmen seitens der Entwicklungsländer substantieller Unterstützung durch die Industrieländer bedürfen, die historisch gesehen die größten Verschmutzer sind. Es ist die Verantwortung der Länder mit viel höheren Pro-Kopf-Emissionen und höherem Wohlstand, diesen raschen Übergang zu einer kohlenstofffreien Zukunft zu unterstützen.

b) Umsetzung der Grundsätze für einen ambitionierten und gerechten Kopenhagen-Vertrag, der der Dringlichkeit des Klimaproblems gerecht wird

Die gemeinsame Vision kann sich nicht nur auf Emissionsreduktionen beschränken. Sie muss auch darlegen, wie sich die Grundsätze der UN-Klimakonvention und des Kyoto-Protokolls in einem Kopenhagen-Vertrag niederschlagen, um die übergeordneten Ziele der Klimakonvention (Artikel 2) zu erreichen, nämlich den gefährlichen Klimawandel zu verhindern.

Die Bekämpfung des Klimawandels verlangt eine neue globale Übereinkunft für Zusammenarbeit und Solidarität, die auf folgenden Grundsätzen beruht:

- Die Grundsätze der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortlichkeit und der jeweiligen Fähigkeiten, sowie die Notwendigkeit raschen und umfassenden Handelns müssen dem Vorsorgeprinzip entsprechen sowie den wissenschaftlichen Erkenntnissen.
- Ein Recht auf eine kohlenstoffarme, nachhaltige Entwicklung sollte definiert werden und auf dem Verursacherprinzip aufgebaut werden. Dies beinhaltet auch die Verpflichtung, Maßnahmen zu vermeiden, die eine langfristige Festlegung auf einen kohlenstoffintensiven Entwicklungspfad bedeuten.
- Die Anerkennung der Tatsache, dass entwickelte Länder eine besondere Verantwortung tragen und auch in der Lage sind, Mittel für die Umsetzung von Emissionsreduktionen und Anpassung an den Klimawandel bereitzustellen (Technologien, Finanzen, Kapazitätsaufbau).
- Einen klaren Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an Emissionsreduktionen und Anpassungsbedürfnissen und -begrenzungen.

Die gemeinsame Vision muss diese Punkte benennen, indem sie über die Aufzählung von Grundsätzen hinausgeht und zeigt, dass sie auch umgesetzt werden können.

Zusammenfassend sollte nach Meinung des WWF eine Struktur für eine gemeinsame Vision folgendes umfassen:

- eine langfristige Schwelle für den gefährlichen Temperaturanstieg deutlich unter 2°C und das noch zur Verfügung stehende Kohlenstoffbudget;
- Darlegung eines damit zusammenhängenden Emissionspfades bis zur Mitte des Jahrhunderts mit der Sofortpriorität, kurzfristig deutlich vor 2020 den Anstieg der globalen Emissionen zu stoppen;
- die Umsetzung von Grundsätzen zur gemeinsamen, mess- und nachweisbaren Emissionsreduktion, die die genannten Grundsätze für Gerechtigkeit, das Recht auf nachhaltige Entwicklung sowie ambitionierten und dringlichen Klimaschutz und auch das Vorsorgeprinzip widerspiegeln;
- die gemeinsamen Maßnahmen sollten in Fünfjahres-Verpflichtungsperioden strukturiert werden;
- periodische Überprüfungen auf der Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse, um feststellen zu können, ob die Maßnahmen ausreichen

2. Maßnahmen vor 2012 zur Unterstützung der Entwicklungsländer

Vereinbarung von Maßnahmen, mit denen in Entwicklungsländern vor 2012 in die Lage versetzt werden, im Energiesektor ihre Emissionen zu reduzieren, die Entwaldung zu stoppen, die Widerstandsfähigkeit und die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu erhöhen.

Die Verhandlungen drehen sich nicht nur darum, was nach 2012 passieren muss. Jegliche Erfolgchancen für tatsächliche Klimaschutzpolitik in dieser Zeitperiode hängen davon ab, dass wir jetzt die Grundlagen dafür schaffen. Daher ist der Aufbau von Kapazitäten, insbesondere von Institutionen von besonderer Bedeutung, vor allem in Entwicklungsländern.

Der WWF tritt für gemeinsame Süd-Nord- und Süd-Süd-Aktivitäten ein, die sich vor allem auf den Kapazitätsaufbau konzentrieren, mit besonderem Schwerpunkt auf den Aufbau von Institutionen, dem energiepolitischen Wissenstransfer, ferner die Reduzierung der Entwaldung und auf die Anpassung an den Klimawandel. Nur wenn solche Aktivitäten frühzeitig realisiert werden, können später umfassendere Maßnahmen umgesetzt werden (siehe weiter unten).

3. Bausteine zur Umsetzung einer gemeinsamen Vision im Kopenhagen-Vertrag

Eine gemeinsame Vision sollte die umfassendere Zielrichtung und Grundsätze für Maßnahmen darlegen. Die Erfolgchancen eines Kopenhagen-Vertrags hängen also auch davon ab, ob es gelingt, dass die in Posen gelegten Grundlagen hinreichend anspruchsvoll sind, und die Bereiche Anpassung, Mechanismen zur Emissionsreduktion, Entwaldung, Finanzierung, Technologiekooperation sowie Schiffs- und Luftverkehr einschließen.

Diese werden gegenwärtig unter den Verhandlungssträngen der Konvention und des Kyoto-Protokolls verhandelt. In diesem Zusammenhang ist der WWF der Auffassung, dass das Kyoto-Protokoll und die Marrakesch-Beschlüsse als Grundstruktur eines Kopenhagen-Vertrags dienen werden. Wir erkennen allerdings an, dass zur Umsetzung der Zielsetzungen der Konvention erhebliche zusätzliche institutionelle Kapazität vereinbart werden muss.

Bezüglich der Bausteine müssen die Verhandlungen in Posen:

- die vielversprechendsten Optionen auflisten, mit denen die erforderlichem umfassenden Ziele erreicht werden können
- eine bessere Struktur dafür liefern, was diese Bausteine leisten können sowie
- die Grundsätze und Kriterien darlegen, die die Entwicklung dieser Optionen vorantreiben sollten.

Die Entwicklungsländer haben viele Vorschläge gemacht. Insbesondere diejenigen in Bezug auf Technologiezusammenarbeit und Finanzierung werden von ih-

nen als Grundvoraussetzung für eigene Emissionsreduktionen betrachtet. Um in Posen Ergebnisse zu erzielen, müssen die Industrieländer mehr Gemeinsamkeiten mit den Positionen und Konzepten suchen, die von den Entwicklungsländern vorgeschlagen werden, vor allem von den G77/China und Mexiko.

1. Anpassung

Die Verhandlungen über Anpassung an den Klimawandel haben bisher erste Grundsätze für Anpassungsmaßnahmen dargelegt sowie potenzielle Elemente eines Anpassungspakets. Allerdings sind die gegenwärtigen Zusagen für reale Anpassungsmaßnahmen noch fragmentiertes Stückwerk und konzentrieren sich zu sehr auf wissenschaftliche Studien und Expertenworkshops. Substanziellere Unterstützung für Umsetzung und Finanzierung fehlt jedoch noch völlig.

Für einen wirksamen Kopenhagen-Vertrag müssen alle Vertragsparteien größeres Gewicht darauf legen, dass rechtzeitige Emissionsreduktionen auch die rasch wachsenden Kosten der Anpassung stark reduzieren. Die Vertragsparteien müssen auch klare Anreize für unmittelbare anwendbare Maßnahmen schaffen, die bereits vor 2012 wirksam werden.

Folgende Kernkomponenten sind sowohl für die Zeiträume vor 2012 als auch nach 2012 relevant:

- *Lücken in der Anpassungs-Finanzierung müssen jetzt gefüllt werden:* Höhere Unterstützung für Anpassung erfordert sichere und kalkulierbare Finanzflüsse im Rahmen gut verwalteter und wirksamer Finanzierungsmechanismen. Lücken in der Anpassungsfinanzierung schaffen nicht nur Probleme in der Umsetzung von Anpassung, sondern schaden auch dem Verhandlungsklima und dem gegenseitigen Vertrauen, das erforderlich ist, wenn auch andere Teile eines breiteren Übereinkommens im Rahmen der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen zustande kommen sollen. Die Vertragsparteien müssen dringend den Weg für kalkulierbare und dauerhafte Finanzmittel für Anpassung frei machen.
- *Versicherungsmechanismen:* Regionale Versicherungsmechanismen könnten am besten durch einen Anpassungs-Finanzierungsmechanismus unterstützt werden. Der AWG-LCA Workshop in Posen über Risikomanagement und Risikoteilung muss mögliche Mechanismen und Möglichkeiten identifizieren.
- *Finanzierung von NAPAs und NAPs:* Die am wenigsten entwickelten Länder sollten Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, um ihre Nationalen Aktionspläne umsetzen zu können. Die anderen betroffenen Länder brauchen ebenfalls Ressourcen, um ihre nationalen Pläne entwickeln zu können und die Anpassung an den Klimawandel in ihre nationalen Entwicklungsprozesse integrieren zu können. Für besonders betroffene Länder müssen Finanzmittel bereitgestellt werden, um Klimarisiken begegnen zu können und Anpassung in ihre nationalen Entwicklungsprozesse integrieren zu können.

- *Unterstützung globaler und regionaler Anpassungs-Erfahrungen:* Koordination internationaler Unterstützung für neue und bestehende regionale Zentren für Klimawandel-Anpassung, mit einer starken Betonung auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit anfälliger Ökosysteme als Grundlage menschlichen Überlebens. International koordinierte Unterstützung für die Entwicklung von Anpassungszentren und einem Netzwerk von Anpassungsexperten. Volle Unterstützung für den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen mit der Anpassung an den Klimawandel zwischen Entwicklungsländern, mit einem Nord-Süd-Transfer von Erfahrungen und Kenntnissen. Der Schwerpunkt sollte dabei nachfrageseitig auf aktionsorientierten Ansätzen liegen.
- *Umgang mit Situationen, wo Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels bereits nicht mehr möglich ist:* Wenn die Emissionen in einem "Business as usual"-Pfad weitergehen und nicht deutlich vor 2020 der globale Emissionshöhepunkt erreicht wird, werden viele betroffene Staaten, Regionen und Ökosysteme in eine Situation kommen, wo Anpassung nicht mehr möglich ist. Damit muss in den Verhandlungen über den gegenwärtigen Anpassungsdiskurs hinausgedacht werden, und Versicherungen oder Formen von Kompensationsmechanismen für die am härtesten Betroffenen in Betracht gezogen werden.
- *Technologien für Anpassung:* Anpassungstechnologien müssen in vollem Umfang anerkannt und in alle Technologiediskussionen integriert werden, insbesondere müssen Hindernisse für den Technologietransfer bei der Anpassung beseitigt werden. Dies muss gekoppelt werden mit höherer Anerkennung und Integration der Rolle der Dienstleistungen der Natur und von Ökosystemen als Grundvoraussetzung für Anpassung und Armutsbeseitigung.
- *Harmonisierung durch einen Anpassungsausschuss der UN-Klimakonvention:* Anpassungsfragen sollten in der gesamten Arbeit der UN-Klimakonvention durch die Einrichtung eines Anpassungsausschusses harmonisiert werden, der die Aufgabe bekommen sollte, die Dringlichkeit, die Maßnahmen und die Koordination voranzutreiben. Auch die Anpassung im Subsidiary Body for Scientific and Technological Advice (SBSTA) und dem Subsidiary Body of Implementation (SBI) ist relevant, um Anpassungsmaßnahmen im Rahmen der UN-Klimakonvention voranzutreiben und diese Arbeitsstränge besser zu koordinieren. Verschiedene SBI-Tagesordnungspunkte haben mit der Anpassung zu tun, aber Diskussionen unter 1/CP.10 verdeutlichen, dass die Umsetzung von Anpassung vom SBI nicht unterstützt wurde.
- *Den Kyoto-Anpassungsfonds arbeitsfähig machen:* der kürzlich eingerichtete Anpassungsfonds unter dem Kyoto-Protokoll muss arbeitsfähig gemacht werden und es muss sichergestellt werden, dass die Zusagen für den Kapazitätsaufbau an die frühzeitige Umsetzung von Anpassungs-Pilotprojekten gekoppelt werden.

2. Emissionsreduktion in Industrie- und Entwicklungsländern

Der Baustein der Emissionsreduktionen leidet unter Verzögerungen aufgrund von politischen Schwierigkeiten. Zusammen mit dem Technologiebaustein ist er bisher

am wenigsten vorangekommen. Daher müssen in Posen hier wesentliche Fortschritte erzielt werden.

Für Industrieländer

- *Diskussion eines vergleichbaren Niveaus von Anstrengungen:* In Posen sollte mit der Arbeit an Konzepten und Kriterien für ein vergleichbares Niveau von Klimaschutzanstrengungen innerhalb der Gruppe der Industrieländer begonnen werden. Dies muss in Übereinstimmung mit einem Reduktionsziel von 25 bis 40 Prozent bis 2020 und einem Netto-Nullemissionsziel für die Jahrhundertmitte geschehen. Diese Diskussion kann durch die neue US-Regierung beflügelt werden, die Anfang nächsten Jahres ihr AMillionen Tonnen antreten wird. Die Diskussion über Differenzierungen innerhalb des Annex 1 muss ebenfalls im Verhandlungsstrang des Kyoto-Protokolls begonnen werden.
- *Anspruchsvollere Minderungsziele:* Der Minderungsbereich von 25 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2020 ist ein Punkt auf der Agenda der Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter dem Kyoto-Protokoll. Um unter 2 °C bleiben zu können, müssen Emissionsreduktionsleistungen der Industrieländer am oberen Ende dieser Spanne liegen. Auch muss jede "Aufrechnung" zusätzlich zur Abkehr vom "Business as usual" (BAU), die in der entwickelten Welt stattfinden und dort auch unterstützt werden muss, erfolgen.

Für Entwicklungsländer

- *Volle Betrachtung von Formen erweiterter Maßnahmen:* Der Bali-Aktionsplan hat die Frage nachweisbarer und national angemessener „erweiterter“ Emissionsreduktionsmaßnahmen (sog. MRV NAMAs) auf die Tagesordnung gesetzt. Sie müssen jetzt umgesetzt werden. Die Entwicklungsländer sollten Diskussionen über den Umfang und die Art erweiterter Maßnahmen sowie über die Rolle ausreichender Mittel zur Umsetzung entsprechend den Vorgaben des Bali-Aktionsplans anstreben. Die potenzielle Rolle und strategische Einordnung nationaler kohlenstoffarmer Entwicklungspläne, sektorbezogener Konzepte sowie Mechanismen und politische Instrumenten müssen ebenfalls thematisiert werden (siehe hierzu die folgenden Abschnitte).
- *Diskussion des Umfangs von Reduktionen gegenüber dem Business-as-usual-Szenario:* Die Entwicklungsländer sollten sich Gedanken machen, in welchem Umfang die Gruppe der Entwicklungsländer oder die Gruppe der Schwellenländer, vom Business-as-usual-Szenario abweichen muss, um deutlich unter 2°C zu bleiben. Auf diese Weise können das Maß an Ehrgeiz und die Größenordnung aller Bausteine gesteuert werden, ohne dass hierdurch der Vereinbarung gesetzlicher Ziele für die Gruppe der Entwicklungsländer vorgegriffen wird bzw. ohne dass diese dadurch ersetzt würden.

3. Neue Minderungsmechanismen und CO₂-Märkte

In den letzten Jahren tauchte eine Vielzahl von Vorschlägen über zukünftige alternative Mechanismen auf. Es wurde deutlich, dass der Clean Development Mechanism (CDM) die Erwartungen nicht erfüllen würde, die im Kontext größerer Emissionsreduktionen notwendig werden.

Der WWF hält hierbei die folgenden derzeit diskutierten Mechanismen für relevant:

- A) Varianten eines umfassend reformierten, projektbasierten CDM
- B) CO₂-Marktmechanismen auf sektoraler Ebene (sektoraler Handel, sektorale Gutschriften, "No-lose"-Ziele, sektoraler und Politik-CDM) für Entwicklungsländer
- C) Nicht-Marktmechanismen wie beispielsweise SDPAMs, klimafonds-basierte Optionen und Konzepte mit Bezug zu technologischen Kooperationen wie beispielsweise Technologiemaßnahmenprogramme

Die Diskussionen finden im Rahmen von Kyoto (Ad-hoc-Arbeitsgruppe unter dem Kyoto Protokoll sowie Revision von Art. 9 des Kyoto-Protokolls) sowie der Ad-hoc-Arbeitsgruppe über langfristige gemeinsame Maßnahmen (AWG LCA) statt und sollten fest in beiden Verhandlungssträngen, die nach Posen entstehen, verankert werden.

In Posen sollten die Parteien:

- *Grundsätze für die Entwicklung von Mechanismen beschreiben und bewerten*, um die Diskussion zu vertiefen und ein effektives, kohärentes Klimaregime zu gestalten (siehe unten).
- *die Kombination von Werkzeugen und Mechanismen in den beiden künftigen Verhandlungssträngen beschreiben*: Kein einzelner Mechanismus kann für sich alleine alle Erwartungen und Bedürfnisse befriedigen. Daher kann sich der spezifische Zweck von Mechanismus zu Mechanismus innerhalb eines aus mehreren Mechanismen bestehenden Instrumentariums unterscheiden.
- *den Anwendungsbereich von Mechanismen im Interesse einer wirklich spürbaren Wirkung erweitern*: Insgesamt Millionen Tonnen bedarf es auf Sektorebene neuer Markt- und Nicht-Marktmechanismen zur Erreichung des erforderlichen Maßes an Minderung, technologischer Zusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklung.
- *das Zusammenwirken von Mechanismen sowie der Komponenten Finanzen, Technologie und Minderung analysieren*: Diese können nicht getrennt voneinander existieren. Ihre Beziehungen müssen unter dem Aspekt analysiert werden, inwieweit sie in der Lage sind, national angemessene Minderungsmaßnahmen und globale Minderungsanstrengungen auf messbare, darstellbare und verifizierbare Weise zu unterstützen und eine messbare, darstellbare und verifizierbare Unterstützung durch die Industrienationen zu gewährleisten. Darüber hinaus müssen die Minderungs-, Finanzierungs- und Technologiekomponenten dynamisch zusammenarbeiten und einander stärken.
- *Zeitplan, Durchführbarkeit und Größe*: Wann können die Mechanismen in der Praxis so weit sein, dass sie tatsächlich in der Lage sind, im erforderlichen Umfang zu gewährleisten, dass der globale Spitzenwert nicht überschritten und anschließend eine rückläufige Entwicklung eingeleitet wird? Welche Kapazitäten, Institutionen und Daten werden für ihre Anwendung benötigt? Die Verhandlungen müssen zu einer praktischen Diskussion dieser Art führen. Politische Streitereien über Mandate und die Frage, ob eine Diskussion über Konzepte überhaupt möglich ist, behindern stattdessen eine Auseinandersetzung mit einigen dieser Kernfragen.

a) Grundsätze für eine Überarbeitung des projektbasierten CDM

Eine Fortsetzung des CDM als projektbasierter Mechanismus ist unter der Voraussetzung möglich, dass genügend Verbesserungen vorgenommen werden. Gleichwohl wird seine Anwendung vor dem Hintergrund eines erweiterten Satzes von Mechanismen deutlich eingeschränkt werden müssen. Im allerbesten Fall ist der CDM lediglich ein Kompensationsmechanismus und trägt nicht zu zusätzlichen Emissionsreduktionen in Entwicklungsländern bei, wenn die Reduktionsziele für entwickelte Länder nicht entsprechend erhöht werden.

Die derzeitige Struktur des CDM weist offensichtlich eine Vielzahl von Schwächen auf, und es bedarf einer umfassenden Überarbeitung im Rahmen des Kyoto-Prozesses und der Post-2012-Verhandlungen, wenn der CDM überhaupt in einem künftigen Rahmen fortgesetzt werden soll. Wir sehen Verbesserungsbedarf in vielerlei Hinsicht:

- Es müssen wirkliche Reduktionen und eine stringente Zusätzlichkeitsprüfung sichergestellt werden
- Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung
- Sicherung der Beteiligung von Stakeholdern sowie Rechte lokaler und uran-sässiger Gemeinschaften
- ausgewogene Verteilung
- Ausschluss nicht-prioritärer Aktivitäten aus dem Mechanismus (beispielsweise HFC- [wasserstoffhaltige Fluorkohlenwasserstoffe] oder NO₂-Projekte), die besser in einem anderen Rahmen durchgeführt werden können.
- Anreize für die Gold Standard CDM-Methodologie und Technologie-Optionen

b) Grundsätze für die Entwicklung alternativer Mechanismen für Sektoren

Neue Emissionsminderungs-"Mechanismen" sind nicht auf marktbasierende Mechanismen begrenzt, sondern sollten auch andere Arten von Mechanismen, wie beispielsweise fonds-basierte Formen oder unmittelbar auf Technologie-Kooperation abgestellte Varianten einschließen (siehe dazu den nachstehenden Abschnitt).

Grundsätzlich halten wir die Ausrichtung auf sektorale Ansätze für die richtige Richtung. Es bedarf nun einer Diskussion der Rolle der CO₂-Marktinstrumente als Teil dieses Ansatzes. Es ist jedoch auch zu bedenken, dass eine Einführung von CO₂-markt-basierten sektoralen Mechanismen nicht notwendigerweise die im Rahmen des CDM festgestellten Probleme beseitigt. Vielmehr mag es in Einzelfällen sogar zu neuen Problemen oder zur Verschärfung bestehender Schwierigkeiten kommen. Es bedarf somit einer sorgfältigen Betrachtung aller alternativen Mechanismen. Die folgenden Grundsätze sollten bei dem Versuch, ein System neuer Mechanismen zu entwerfen, berücksichtigt werden:

- Abkehr von Aufrechnungsmechanismen hin zu Nettoemissionsminderungsmechanismen
- Möglichkeit der Unversehrtheit der Umwelt und umfangreicher Minderungen
- Konsistenz innerhalb einer großen Zahl von Mechanismen

- technologische Kooperation und Finanzierung sauberer Investitionen im Rahmen einer messbaren, darstellbaren und verifizierbaren Unterstützung
- Priorität für Ziele nachhaltiger Entwicklung
- Sicherung der Beteiligung von Stakeholdern sowie Rechte lokaler und indigener Gemeinschaften
- keine perversen Anreize durch diese neuen Mechanismen, die nachhaltiger Entwicklung zuwiderlaufen

4. Minderung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder (REDD)

Der Accra-Workshop zu politischen Ansätzen und positiven Anreizen zur Reduktion von Emissionen durch vermiedene Abholzung in Entwicklungsländern (REDD) war eine konstruktive Veranstaltung, auf der die anwesenden Vertreter klare Vorschläge präsentierten und in einer Reihe zentraler Themen Übereinstimmung zeigten. Posen muss diesen konstruktiven Ansatz durch die Arbeiten im Rahmen der Ad-hoc-Arbeitsgruppe über langfristige gemeinsame Arbeiten und des Nebenorgans SBSTA sowie in seinen Empfehlungen an die Vertragsstaatenkonferenz fortsetzen, um zu gewährleisten, dass die Forderung nach Aufnahme der Reduktion von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder in Entwicklungsländern in den Vertrag von Kopenhagen weiter bestehen bleibt.

Eine Minderung von Emissionen durch vermiedene Abholzung in Entwicklungsländern ist ein wesentlicher Teil der GesaMillionen Tonnenemissionsminderungen, die erforderlich sind, um den Anstieg der mittleren globalen Temperatur auf einen Wert von deutlich weniger als 2 °C zu begrenzen. Es ist daher wichtig, dass eine Reduzierung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder zusätzlich zu und nicht anstelle von weitreichenden Minderungen der Emissionen der Industrieländer erfolgt, wie dies in Accra kürzlich auch in dem Vorschlag Norwegens und den Forderungen diverser Länder zum Ausdruck kam.

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die messbar, darstellbar, verifizierbar, zusätzlich und dauerhaft sind und die das für ihre Umsetzung erforderliche Fundament und die politische Unterstützung bieten, um die Minderung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder in Entwicklungsländern zum festen Bestandteil der Klimalösung werden zu lassen.

Zu diesem Zweck sollten die Beschlüsse in Posen eindeutige Aussagen des folgenden Inhalts treffen:

- Begrüßt wird die Entscheidung von Industrienationen, wie beispielsweise Norwegen, die bereits beschlossen haben, den Aufbau von Kapazitäten gezielt zu unterstützen und in diesem Rahmen auch finanzielle und technische Unterstützung zu gewähren. Der WWF würde eine weitere systematische und koordinierte Unterstützung von Vertragsparteien, insbesondere seitens der Industrieländer, für die Entwicklung von Kapazitäten als Teil dieses UNFCCC-Prozesses begrüßen. SäMillionen Tonnenliche Mittel sind zusätzlich zu der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) zur Verfügung zu stellen.
- Es wird anerkannt, dass eine nachhaltige Reduzierung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder in Entwicklungsländern einer

- stabilen, angemessenen und langfristigen Verfügbarkeit von Ressourcen in Ergänzung zur offiziellen Entwicklungshilfe bedarf. Die Vertragsstaatenkonferenz muss daher die Voraussetzungen für die Bereitstellung ausreichender Mittel sowie einen Arbeitsplan für die Festlegung angemessener internationaler Finanzierungsmechanismen durch den Vertrag von Kopenhagen schaffen.
- Weiterhin werden die Entwicklungsländer darin bestärkt, Demonstrationsaktivitäten auf subnationaler und nationaler Ebene zu betreiben, um nationale Konzepte für die Messung und Überwachung von CO₂-Emissionen aus Wäldern zu testen und zu entwickeln, Pilotanwendungen für effektive Verfahren zur Reduzierung der Abholzung auf regionaler und nationaler Ebene zu realisieren und Verfahren zu entwickeln, um greifbare und gesicherte Hilfe für lokale Gemeinschaften und uransässige Völker aus Klimafondsmitteln zur Verfügung zu stellen.
 - Es wird anerkannt, dass das Prinzip der Minderung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder in Entwicklungsländern weiteren Zusatznutzen mit sich bringen muss. Hierzu gehören der Schutz der Artenvielfalt sowie der Funktion und des Nutzens von Ökosystemen und der Zugang lokaler Gemeinschaften und uransässiger Völker zu diesen Vorteilen.
 - In Accra hatte eine zunehmende Anzahl von Parteien ein breit gefasstes Konzept für die Berücksichtigung der Funktion von Wäldern als CO₂-Quellen und -Senken vorgeschlagen. Vor diesem Hintergrund
 - o fordert der WWF eine Priorisierung der frühzeitigen Konzentration auf eine Minderung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder,
 - o regt der WWF an, Möglichkeiten für den Erhalt der Kohlenstoffvorräte in den Wäldern in Ländern mit gegenwärtig niedrigeren Abholzungsraten zu untersuchen,
 - o schlägt der WWF den Vertragsparteien vor, Grundsätze, Fragen, Kriterien und einen klaren Arbeitsplan zu entwickeln, um bis zum Jahr 2020 weitere Aktivitäten in das System aufzunehmen.
 - Auf der Grundlage des technischen SBSTA-Workshops vom Oktober sollten die methodischen Rahmenbedingungen entwickelt werden, und der Handlungsbedarf für weitere Arbeiten zur Berücksichtigung der Verschlechterung des Waldklimas sollte in den Vertrag von Kopenhagen Aufnahme finden.

5. Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern

Die Länder sollten mit der Bereitschaft nach Posen kommen, sich auf eine begrenzte Anzahl von Optionen zu einigen, die das Ausmaß des Finanzbedarfs berücksichtigen. Weiterhin werden sich die Vertragsparteien auf die erforderlichen Grundsätze für eine neue Finanzarchitektur zum Klimaschutz in den folgenden drei Bereichen einigen müssen: 1) Finanzierungswege; 2) institutionelle Bereitstellung der Mittel nebst Governance; 3) Verteilung der Mittel und Umsetzung.

- *Dringender Bedarf an weiteren Mitteln insbesondere für Anpassungsmaßnahmen:* Der Bericht der Klimarahmenkonvention über Investitions- und Finanzströme geht lediglich von einer Stabilisierung der Emissionen bis zum Jahr 2030 aus und schätzt, dass die Entwicklungsländer für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Klimawandel mindestens 130 Mrd. US-Dollar benötigen

werden. Diese Investitionen reichen nicht aus, um die globale Erwärmung auf einen Wert von deutlich weniger als 2°C zu begrenzen oder um der Auswirkungen des Klimawandels Herr zu werden. Für Anpassung hat UNDP beispielsweise berechnet, dass jährlich 86 Milliarden Dollar benötigt werden. Dies vermittelt zumindest einen ersten Eindruck davon, was benötigt wird.

Die in den Entwicklungsländern für Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen benötigten Mittel belaufen sich auf etwa dieselbe Höhe. Die aktuellen, neuen und zugesagten Mittel für Minderungsmaßnahmen übersteigen die für Anpassungsmaßnahmen erforderlichen Gelder um das Zwanzigfache. **Die Aufnahme von Mitteln für Anpassungsmaßnahmen sollte daher ein prioritäres Ziel für Posen sein**, wobei gleichzeitig zu berücksichtigen ist, dass gleichzeitig auch mehr Mittel für Minderungsmaßnahmen bereitgestellt werden müssen.

- *Grundsätze für die Bereitstellung, Kontrolle und Auszahlung von Mitteln zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen:* Die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen muss sich nach dem Verursacherprinzip und dem Prinzip der gemeinsamen, jedoch differenzierten Verantwortung richten, wobei die Mittel zusätzlich zu bestehenden offiziellen Entwicklungshilfeleistungen zur Verfügung zu stellen sind.

Die Finanzierung muss auf transparente Weise kontrolliert werden und insbesondere der Aufsicht der COP/MOP unterliegen. Sie muss nachhaltig, berechenbar und angemessen sein und es muss gewährleistet sein, dass die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen den am stärksten gefährdeten Ländern und Gemeinschaften zukommt. Millionen Tonnen und hier vorrangig den kleinen Inselentwicklungsländern (SIDS), den am wenigsten entwickelten Ländern (LDCs) und dem von Dürre/Hochwasser bedrohten Teilen Afrikas. Unterstützt werden muss dies durch ein erheblich erweitertes Finanzierungsprogramm auf der Grundlage von Bereitstellungsmechanismen unter Berücksichtigung einer Reihe von Schlüsselprinzipien, wie Zusätzlichkeit, Berechenbarkeit, Nachhaltigkeit, Angemessenheit, sowie gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortungen und Fähigkeiten. Dies muss mit einer fairen, nicht-fragmentierten Governance-Struktur und einer pragmatischen und strategischen Verteilungsweise einschließlich eines internationalen Versicherungsmechanismus verbunden werden.

Die zukünftige Finanzierungsarchitektur muss mit einem Lastenteilungsmechanismus verbunden werden, der festlegt, wie viel bzw. welche Anteile die Länder beitragen müssen (beispielsweise auf der Grundlage von Verantwortungs- und Fähigkeitsindikatoren). Weiterhin sind die Mittel für die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen grundsätzlich auf der Grundlage der auf nationaler und subnationaler Ebene ermittelten Bedürfnisse und vorrangig für die vom Klimawandel am stärksten betroffenen Gruppen und Regionen bereitzustellen.

- *Finanzierungsquellen:* Die Dringlichkeit sowie die Grenzen einer künftigen Kohlenstofffinanzierung als wichtigster Quelle verlangen eine Kombination von politischen Maßnahmen und Finanzierungsmechanismen. Hierbei spielen die Kohlenstoffmärkte zwar eine wichtige Rolle, jedoch sind diese voraussichtlich

nicht in der Lage, für das gesaMillionen Tonnene benötigte Volumen aufzukommen. Der **norwegische Vorschlag zur Versteigerung von AAUs** oder von Emissionsrechten, die über Fonds kanalisiert werden können, oder von neuen Arten von Mechanismen für die Entwicklungsländer zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen, Energiekosten und der Minderung von Emissionen durch vermiedene Abholzung tropischer Regenwälder, ist ein äußerst interessanter Vorschlag, der weiter untersucht werden sollte. Darüber hinaus sollte die Frage der **Erzielung von Einnahmen aus sektoralen Tätigkeiten (Gebühren, Versteigerungen), wie beispielsweise im See- und Lufttransport**, weiter untersucht werden, wie es in verschiedenen Vorschlägen von Tuvalu, Indien und weiteren Ländern angeregt wird.

- *Mittel innerhalb und außerhalb der Klimarahmenkonferenz:* In den vergangenen zwei Jahren war eine deutliche Zunahme neuer und zugesagter Mittel für Minderungsmaßnahmen in Entwicklungsländern zu verzeichnen. Derzeit stehen außerhalb des UN-Systems mehr Klimamittel zur Verfügung als innerhalb des Systems (ohne Berücksichtigung des CDM). Diese Entwicklung schafft die Gefahr von Inkonsistenzen zwischen der politischen Ausrichtung und den Finanzierungsströmen sowie der Unterminierung des UN-Prozesses. Es ist klar, dass die UNFCCC-Architektur große Finanzflüsse generieren und umschichten muss. **Grundsätze für die Regelung des Verhältnisses der Klimarahmenkonferenz gegenüber Mitteln von außerhalb der UN-Vereinbarung sind erforderlich.**

6. Technologische Zusammenarbeit

Bislang bilden die G77 und China die einzige Gruppe, die einen Technologiemechanismus vorgeschlagen hat. Ein zentraler Gedanke ist hierbei die Einrichtung eines "multilateralen Klimatechnologiefonds" zur Finanzierung der Entwicklung und Verteilung sowie des Transfers von Technologien an Entwicklungsländer.

Trotz der fortschreitenden Entwicklung und Realisierung CO₂-armer Technologien sind wir bislang noch weit von dem erforderlichen Umfang und der nötigen Geschwindigkeit bei der Installation und Verbreitung dieser Technologie entfernt. Ein lediglich schrittweises Vorgehen im Rahmen des Vertrags von Kopenhagen ist schwerlich hinnehmbar. Der WWF fordert die Länder daher auf, sich in Posen gemeinsam auf eine echte globale Zusammenarbeit im Bereich von Klimatechnologien festzulegen. Grundlegende Hindernisse für eine raschere Verbreitung der saubersten Technologien sind sehr häufig nicht nur finanzieller Natur, sondern haben politische Gründe, liegen an mangelnder Bildung oder Infrastruktur, bis hin zu Subventionen für die bestehenden konventionellen und emissionsintensiven Technologien.

Der WWF hat den Erfolg des als Vorbild dienenden Montreal-Protokolls analysiert, und **regt vor dem Hintergrund dieser Erfahrung an, die zukünftigen Technologiemühnungen im Rahmen der Klimarahmenkonferenz in Form einer Reihe von Technologiemassnahmenprogrammen zu organisieren.** Diese Programme sollten für eine Laufzeit von 5 Jahren ausgelegt und mit klar definierten Zielen versehen werden. Bis zu 20 verschiedene Programme sollten für diverse zu entwickelnde und umzusetzende Anpassungs- und Minderungstechnologien konzipiert werden. Hierzu gehören beispielsweise Sonnen- und Windenergie, Frühwarnsysteme, ener-

gieeffiziente Haushaltsgeräte, Energieeinsparung in Gebäuden und in Sektoren wie beispielsweise Zement.

- Die Anwendung von Aktionsprogrammen zur Strukturierung und Ausweitung globaler Technologiezusammenarbeit ermöglicht es, die Technologie-Herausforderung in handhabbare Teile aufzugliedern, und damit Instrumente auszuwählen, die auf verschiedene Technologien passen. Die Instrumente, die zur Förderung einer bestimmten Technologie benötigt werden, hängen davon ab, in welchem Entwicklungsstadium sich diese Technologie befindet.
- Ein Hauptaspekt der Technologieaktionsprogramme sollte sein, dass die verfügbaren Ressourcen kalkulierbar sein sollten. Die Bedingungen für die Teilnahme an den Programmen müssten ebenfalls präzise definiert sein.
- Mit der Schaffung eines Technologie-Mechanismus unter Einbeziehung von Aktionsprogrammen für eine Reihe von Anpassungs- und Emissionsreduktionstechnologien würde die UNFCCC klare Signale an den Privatsektor, an Forschungseinrichtungen sowie an alle Bürger der Welt senden, die sich um Lösungen für das Klimaproblem bemühen.
- Die Aktionsprogramme sollten nur Aktivitäten in Entwicklungsländern finanzieren, aber auch als Koordinationsmechanismus für technologiebezogene Aktivitäten in entwickelten Ländern dienen, einschliesslich Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung, Standards, und öffentliche Regulierung.

Die Technologie-Aktionsprogramme wären ein Schlüsselaspekt eines UNFCCC-Technologiemechanismus. Weitere Fragen müssten noch angegangen werden, wie etwa die Patentfrage, die Verbindung zum Finanzierungsmechanismus sowie auch den Emissionsreduktions-Maßnahmen und -Plänen.

7. Berücksichtigung von Emissionen aus Schifffahrt und Luftverkehr im Vertrag von Kopenhagen

Die Emissionen der internationalen Luft- und Seefahrt (sogenannte „Bunkeremissionen“) blieben bei den verbindlichen Emissionsreduktionszielen im Rahmen des Kyoto-Protokolls unberücksichtigt. Diese werden vielmehr in den nationalen Inventaren als "Memo Items" ausgewiesen, und Artikel 2.2 fordert die Annex-I-Parteien auf, "die Begrenzung oder Reduktion" von Treibhausgasen aus diesen Sektoren durch Zusammenarbeit mit der International Civil Aviation Organisation (ICAO) und der International Maritime Organisation (IMO) zu betreiben.

Gemeinsam **liegen diese beiden Sektoren nun bei über 1,350 Millionen Tonnen CO₂** jährlich – mehr als diejenigen Japans als fünftgrößtem Emittenten weltweit. Derart bedeutende Emissionsquellen müssen in einem umfassenden globalen Abkommen zum Klimawandel in Kopenhagen berücksichtigt werden. Seit 1997 haben die Emissionen erheblich zugenommen, ohne dass es einen Mechanismus geben würde, dieses Wachstum zu reduzieren oder zu kompensieren.

Es ist mittlerweile klar, dass die IMO und die ICAO nicht in der Lage sein werden, bis zur COP15 in Kopenhagen mehr anzubieten als technologische und operative Vorschläge zur Verbesserung der Effizienz, und dass diese Maßnahmen nicht ausreichen werden, das prognostizierte Wachstum zu neutralisieren. Dies ist um so enttäuschender angesichts der zahlreichen sektoralen Vorschläge für die Luft- und Seefahrt (z. B. Handelssysteme), die nicht nur Reduktionen erbringen würden, sondern auch bedeutende Einnahmen generieren könnten für die Finanzierung von Anpassung und kohlenstoffarmer Entwicklung in Entwicklungsländern.

Zurzeit haben die Vertragsstaaten keinen Anreiz, solche Maßnahmen zu beschließen, da es keine bindenden Verpflichtungen zur Reduktion der Bunkeremissionen gibt. Sollte COP15 einfach den Grundsatz bestätigen, dass für Bunkeremissionen IMO und ICAO zuständig sind, können wir uns auf ein weiteres Jahrzehnt Untätigkeit dieser beiden Gremien einstellen.

Beide Sektoren müssen Bestandteil eines Kopenhagen-Abkommens werden. Ihre Einbeziehung ist von großer Bedeutung, um die rasch wachsenden Emissionen des grenzüberschreitenden Verkehrs einzudämmen und bietet außerdem die Gelegenheit, zusätzliche Mittel für den Klimaschutz bereit zu stellen:

- a) **Luftfahrt:** Der WWF empfiehlt, dass die UNFCCC die Emissionen der internationalen Luftfahrt in die nationalen Emissionsbudgets der Annex I-Staaten aufnimmt Millionen Tonnen, und parallel dazu Politiken und Maßnahmen unterstützt, die die Emissionen in Entwicklungsländern reduzieren.
- b) **Seefahrt:** Im Falle der Seefahrt glaubt der WWF, dass der Schiffsverkehr besonders gut geeignet ist für eine globale Herangehensweise (die den CBDR-Grundsatz respektieren muss), und dass dieser Ansatz das Potenzial hat, substanzielle Klimaschutzmittel zu generieren. Falls dies bei der COP 15 in Kopenhagen nicht möglich sein sollte, dann müssten die Schiffsverkehrsemissionen in die nationalen Emissionsbudgets der Annex 1-Vertragsstaaten aufgenommen werden, um sicherzustellen, dass sie künftig einbezogen werden. Für den Schiffsverkehr in Entwicklungsländern bietet sich eine Art sektoraler Ansatz an, da im Schiffsverkehr eine Zuteilung auf Staaten keineswegs eindeutig ist und daher rasch an Grenzen stossen könnte.

Im Nachfolgenden erörtern wir für jeden Sektor wie Emissionen auf Annex I-Vertragsparteien zugeordnet werden könnten – was im Rahmen der AWG-KP geschehen sollte. Optionen für sektorale Politiken und ihre Finanzierung sollten in der Zusammenfassung des Vorsitzenden der Vorschläge unter der LCA enthalten sein, die 2009 weiter erörtert werden sollen.

Der Luftfahrtsektor

Die Emissionen des internationalen Luftverkehrs liegen bei etwa 500 Millionen Tonnen CO₂ – das ist mehr CO₂ als Frankreich, Brasilien, Indonesien oder Australien gemeinsam ausstoßen – und sind seit 1997 um etwa 50 Prozent gestiegen. Es wäre angemessen, diese Emissionen in die nationalen Budgets der Annex I-Vertragsparteien aufzunehmen, da die Erfassung anhand des Verkaufs von Bunkertreibstoffen (wie in den bestehenden Leitlinien des IPCC für die Emissions-Berichterstattung vorgesehen) in der Tat die sinnvollste Methode ist.

Die EU schlägt ein globales Emissionshandelssystem für die Luftfahrt vor. Einige andere Annex I-Vertragsstaaten tun dies auch, allerdings muss in einigen Fällen dies wohl eher als rhetorische Ablehnung eines regionalen EU-Systems zu verstehen sein denn als tatsächliche Unterstützung eines globalen Systems. Dies ist der in der ICAO dominierende Ansatz, wo es jedoch keine substanzielle Diskussion eines globalen Emissionshandelssystems gegeben hat.

Der Schifffahrtssektor

Die internationalen Schifffahrts-Emissionen liegen bei etwa 850 Millionen Tonnen CO₂ – ungefähr so hoch wie der CO₂-Austoß in Deutschland und höher als in Kanada oder Großbritannien – und sind seit 1997 um etwa 50 Prozent gestiegen. Die Einbeziehung der Schifffahrts-Emissionen in die nationalen Budgets ist nicht so einfach vorzunehmen wie im Luftverkehr, aber die Zuteilung auf die Annex I-Vertragsstaaten könnte auf der Basis geschehen, dass Schiffe Häfen im Territorium jeder Vertragspartei anlaufen. Dem würde das Prinzip zugrundeliegen, dass der Importeur die Nachfrage schafft und daher die Verantwortung für die transportbezogenen Emissionen trägt. Eine alternative Möglichkeit wäre es, Emissionen nach Anteilen an den importierten Waren aufzuteilen. Insbesondere die erste Zuordnungsoption würde die Gefahr beinhalten, dass die CO₂-Emissionen verlagert werden. Ein System, das nationale Annex 1-Emissionsbudgets beinhaltet, deckt nicht alle Emissionen des Sektors ab (und das Verhältnis dürfte sinken, wenn relativ viel Kohlenstoff nicht berücksichtigt würde). Um wirksam zu sein, müsste dieses System von sektoralen Politiken und Maßnahmen begleitet sein, um Emissionen in Entwicklungsländern zu reduzieren.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist für diesen Sektor ein globaler Ansatz die attraktivste Option, Emissionen zu reduzieren. Wie Studien des WWF gezeigt haben, könnte ein globales System so gestaltet werden, dass es CBDR durch eine Umverteilung der von ihm generierten Einnahmen respektieren könnte (wenngleich bisher viele Entwicklungsländer nicht mit dieser „Kompensations-Interpretation“ des CBDR-Grundsatzes nicht einverstanden sind).

Verschiedene globale Handelssysteme, Abgabensysteme und kombinierte Handels- und Abgaben-Systeme für die Schifffahrt wurden bei der IMO entwickelt. Daher ist es enttäuschend, dass Meinungsverschiedenheiten zwischen Annex I und nicht-Annex I-Vertragsstaaten über das Ausmaß ihrer Anwendung nicht gelöst werden konnten (und angesichts der IMO-Verfahren vor COP15 auch nicht mehr gelöst werden können).

Der WWF wird auch weiterhin versuchen, mit den Vertragsstaaten Lösungen zu finden, wie der Grundsatz der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung (CBDR) in diesem Sektor am besten berücksichtigt werden kann, und wie negative Auswirkungen auf die schwächsten Entwicklungsländer vermieden werden können. Weitere Einzelheiten über solche Systeme für die Schifffahrt und ihre Auswirkungen siehe in einem gesonderten WWF-Briefing zur Schifffahrt.

Zusammenfassung: Neue politische Führung ist ausschlaggebend für eine erfolgreiche Klimakonferenz in Posen und danach

Der WWF ruft alle Nationen auf, Mut, Visionen und politische Führung zu beweisen und die Hürden für erfolgreiche Verhandlungen zu überwinden

Demonstration von Führungsqualitäten

Einige Länder haben während der vergangenen Monate die richtige Art politischer Courage an den Tag gelegt, um die Chancen auszuloten, die diese internationalen Verhandlungen bieten. Bisher handelt es sich bemerkenswerterweise um eine Reihe von Entwicklungsländern, die Führungsqualitäten gezeigt haben, sei es durch die Vorstellung von Konzepten und innovativen Ideen oder durch Umsetzung von Klimamaßnahmen in ihrem Land. Es wird jetzt Zeit dafür, dass die großen Industrienationen endlich aufholen.

Südafrika hat eine ehrgeizige Vision für einen Low-Carbon-Entwicklungsplan entwickelt und arbeitet derzeit an der Formulierung politischer Maßnahmen und Pläne, die dem Land unter anderem eine Grundlage für die Anwendung internationaler Mechanismen bieten, mittels derer es eine Emissionskurve finanzieren kann, die nach dem Scheitelpunkt zunächst ein Plateau hält und schließlich rückläufig ist. **Mexiko** hat ein neues globales Programm für die Neuverteilung von Mitteln vorgeschlagen und erarbeitet gleichzeitig im eigenen Land sektorale Konzepte und Emissionshandelssysteme. **Südkorea** als Schwellenland will Anfang nächsten Jahres ein Ziel für das Jahr 2020 bekanntgeben, von dem der WWF hofft, dass es mit seiner Verantwortung und seinen Fähigkeiten einhergeht. **Norwegen** hat mit seinem Vorschlag einer Versteigerung von AAUs die Notwendigkeit einer umfassenden Finanzierung durch die Industrienationen mit aller Deutlichkeit angesprochen. Die **G77 sowie afrikanische und kleine Inselstaaten** haben Konzepte und Vorschläge zur Anpassung, Technologie und Finanzierung vorgestellt. Die zunehmende Diskussion über Low-Carbon-Entwicklung und Energiesicherheit, die in **China mit seinem kürzlich erschienenen Weißbuch zum Klimawandel** sowie in **Brasilien** und **Indien** und einer Reihe weiterer Entwicklungsländer stattfindet, zeigt, dass das Klima in diesen Ländern bereits große politische Priorität hat. Die Philippinen haben kürzlich beschlossen, dass Erneuerbare Energien 50 Prozent des nationalen Primärenergieverbrauchs bis 2020 decken sollen – verglichen mit etwa 20 Prozent bereits heute. Hinsichtlich REDD haben Brasilien, Indonesien und Paraguay kürzlich weitreichende Zielsetzungen angekündigt, um die Entwaldung bis 2020 spürbar zu verringern.

Dem WWF ist bewusst, dass viele Klimaschutz-Programme in den Entwicklungsländern nicht ohne Schwächen sind. Die Aufgabe der Emissionsminderung stellt eine gewaltige politische Herausforderung dar, und es bedarf mithin vieler weiterer Anstrengungen. Die Klimaschutzdiskussion in vielen Industrieländern ist jedoch der Schlüssel hierfür und bleibt weit hinter den Erfordernissen zurück.

- Die **USA** müssen sich unter ihrem neuen Präsidenten noch auf ihr Klimaprogramm einigen. Der WWF hofft, dass der Wille des künftigen Präsidenten, Klimaschutz zu einem seiner Schwerpunkte zu machen, dazu führen wird, die

internationalen Klimaverhandlungen durch entschlossene nationale Politik und durch Unterstützung für die Entwicklungsländer voranzutreiben.

- **Japan** versteckt seine Untätigkeit hinter einem schwachen G8-Ergebnis und hat bislang noch kein angemessenes Ziel für 2020 bekanntgegeben. **Australien** ist bereit, ein Minderungsziel für 2020 bekanntzugeben. Wird Australien jedoch auch den Mut haben, den wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechend seinen angemessenen Teil innerhalb des IPCC-Minderungsbereichs von 25 bis 40 Prozent bis zum Jahr 2020 zu übernehmen?
- Die **EU**, noch vor einem Jahr glänzender Verhandlungsführer, kämpft nun mit sich selbst um eine vernünftige Klimapolitik. Die EU wird ihre Entscheidungen über ihr EU-Klima- und Energiepaket zum selben Zeitpunkt treffen, zu dem die Vertragsstaatenkonferenz in Posen stattfindet. Dies bietet der EU die Chance, der Welt zu zeigen, dass sie letztlich doch ein ernstzunehmender Partner in Klimafragen ist. Zum EU-Klimapaket gehört neben der Frage der Reduktionsziele und der Frage, mit welcher Politik sie erreicht werden sollen, auch die Frage, ob die EU bereit sein wird, dem Süden konkrete Unterstützungszusagen zu machen.
- Die **polnische Regierung** scheint durch die Situation in besonderem Maße in einem Zielkonflikt zwischen nationalen Interessen und ihrer internationalen Rolle zu stecken. Während der polnische Umweltminister Maciej Nowicki als Präsident der Klimakonferenz in Posen ein erfolgreiches Ergebnis anstrebt, blockiert die polnische Regierung Schlüsselemente eines anspruchsvollen europäischen Klima- und Energiepakets und ist der Auffassung, dass für Polen als Kohleland dieselben Bedürfnisse und Kapazitäten wie China gelten sollten. Der WWF empfiehlt dem polnischen Premierminister Donald Tusk, kirchenturmpolitische Interessen zurückzustellen und den historischen Moment entschlossen zu nutzen, seine Nation zu einer globalen klimapolitischen Führungskraft zu machen.

WWF-Kontakte

WWF Deutschland

Regine Günther, Leiterin Energie und Klima, +49 30 30874218, regine.guenther@wwf.de
Jörn Ehlers, Astrid Deilmann, Pressestelle, +49 30 30874212 astrid.deilmann@wwf.de

WWF International

Kim Carstensen, Leiter WWF Global Climate Initiative, +45 40 34 36 35,
k.carstensen@wwf.dk;
Kathrin Gutmann, Head of Policy WWF Global Climate Initiative, mob: +49 162 29
144 28, kathrin.gutmann@wwf.de;

Medienkontakt während der Klimaverhandlungen in Posen (Polen)

Christian Teriete (Englisch, Deutsch), +852 9310 6805, cteriete@wwf.org.hk
Martin Hiller (Englisch, Deutsch, Französisch), +41 79 347 2256, mhiller@wwfint.org

Weitere Informationen zu den Klimaverhandlungen finden Sie auf www.wwf.de